

Keine Verankerung der nachhaltigen Entwicklung in der Verfassung und Aushöhlung der Kompetenzen des Umweltministeriums kurz vor Ende der Legislaturperiode?

Kurz vor Ende dieser Legislaturperiode versuchen die Regierungsparteien dieser Tage noch eine Reihe von Rückschritten im Bereich nachhaltige Entwicklung in die Wege zu leiten, dies nachdem sie bereits ihre eigenen Vorgaben im Koalitionsabkommen in diesem Bereich kaum umgesetzt haben. So der Wortlaut einer Pressemitteilung des Mouvement Ecologique.

So stelle die CSV den Grundkonsens in Frage, der seit 1999 in Sachen Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung zwischen allen Akteuren bestanden habe und noch diese Legislaturperiode gutgeheissen werden sollte. Der Mouvement Ecologique hätte sich zwar bereits 1999 eine klarere und weitergehendere Formulierung des entsprechenden Paragraphen gewünscht, doch stellte die zurückbehaltene Formel einen annehmbaren Kompromiss dar. Dass die CSV sich nunmehr für eine völlige Verwässerung entschieden habe, sei in keinster Form hinnehmbar und stelle die Glaubwürdigkeit dieser Partei in Sachen nachhaltige Entwicklung in Frage. Diese Entscheidung bedeute zudem eine gravierende Hypothek für die kommenden Generationen... Die Wahlprogramme und –aussagen erscheinen laut Mouvement Ecologique nun unter einem anderen Licht; man muss feststellen, dass die Majoritätsparteien nicht bereit seien die nachhaltige Entwicklung tatsächlich anzuerkennen. «De sechere Wee» würde somit in Sachen Ökologie und nachhaltige Entwicklung sicherlich nicht beschritten. Mehr denn problematisch sei aber auch die Art und Weise wie diese Meinungsänderung, ohne jedwede Diskussion und offen gelegte Argumente, stattgefunden habe. Der Mouvement Ecologique richtet demnach einen eindringlichen Appell an die Parteien und die Abgeordnetenkommission, doch noch den ursprünglichen Vorschlag zurückzubehalten.

Nicht hinnehmbar sei aber auch die Art und Weise wie das Gesetz zur Schaffung neuer Strukturen im Bereich nachhaltige Entwicklung noch kurz vor Toresschluss in der Abgeordnetenkommission durchgepeitscht werden solle. Erst zu Beginn dieser Woche sei die Umweltkommission der Abgeordnetenkommission zusammengerufen worden, und das Projekt sei in einem Hauruckverfahren (knapp 10 Minuten Diskussion) regelrecht « durchgebatscht » worden. Dies obwohl das Gesetz extrem gravierende Mängel aufzeigen würde und Alternativvorschläge vorgelegen hätten. So soll z.B. das Umweltministerium in drastischem Ausmass in seinen Kompetenzen beschnitten werden, de facto würde z.B. die Erstellung des Planes für eine nachhaltige Entwicklung auch aus ökologischer Sicht einer undurchsichtigen staatlichen Kommission übertragen. Ausserdem würde zwar ein Rat für eine nachhaltige Entwicklung geschaffen – dessen Zusammensetzung von über 50 Personen würde aber keine wirkliche Arbeit zulassen... Würde die Abgeordnetenkommission dieses Gesetzesprojekt noch gutheissen, so würden die Voraussetzungen erheblich verschlechtert, in der nächsten Legislaturperiode eine offensive Politik im Bereich der nachhaltigen Entwicklung durchzuführen.

Vor allem auch die Art und Weise, wie dieses so zentrale Gesetz behandelt wird, sei nicht mehr tragbar. Um dieses, für die nachhaltige Entwicklung elementar wichtige Gesetz, hätte ausserhalb der 10minütigen Gespräche in der Umweltkommission keine Diskussion stattgefunden. Auch ein Umweltministerium habe eine ehrliche Debatte mit allen Akteuren nicht gewährleistet. Man stelle sich vor, so der Mouvement Ecologique, ein zentrales Wirtschafts-Gesetz in einer Nacht- und Nebelaktion verabschiedet Der Mouvement Ecologique richtet deshalb auch in diesem Dossier einen eindringlichen Appell an die Abgeordnetenkammer das Gesetzesprojekt der nächsten Regierung zu übertragen. Im anderen Fall würde sich die Abgeordnetenkammer als reiner Vollzugsgehilfe der Regierung degradieren – sachliche Auseinandersetzung und Debatten würden der Arroganz der Macht geopfert.

Mouvement Ecologique